

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 30. September 2010

## Börek und Baklava boomen

Kein Schwein, kein Blut, kein Alkohol. Wer glaubt, damit die Speise-, Trink- und Schlachtvorschriften des Islam zu kennen, der irrt: Die Regeln sind weit umfangreicher. Damit etwa ein Tier als „halal“ – also erlaubt – gilt, muss es beispielsweise Allah geweiht worden sein. In einigen Schlachtereien laufen deshalb Koranverse vom Band, anderswo sind die Schlachtbänder nach Mekka ausgerichtet. Die Mehrheit der 4,3 Millionen Muslime in Deutschland hält sich an die religiösen Ernährungsregeln – und kauft die Zutaten für Börek und Baklava überwiegend in

orientalischen Supermärkten ein, so eine Studie des Marktforschungsunternehmens Nielsen. Allein die rund 10.000 türkischen Lebensmitteleinzelhändler in Deutschland setzten 2009 fast 10 Milliarden Euro um. Längst mischen im Ethno-Markt aber auch Großkonzerne mit: Nestlé beispielsweise ist mit einem weltweiten Umsatz von 4,6 Milliarden Dollar der größte Produzent von Halal-Waren. Im vergangenen Jahr gingen international Halal-Erzeugnisse für mehr als 630 Milliarden Dollar über die Ladentheken – das entspricht 16 Prozent des globalen Lebensmittelmarkts.

## In dieser Woche

**Rente mit 67:** Wegen der steigenden Lebenserwartung und der daraus resultierenden wachsenden Finanzierungslast wird das gesetzliche Renteneintrittsalter ab dem kommenden Jahr angehoben. Ab 2029 dürfen sich Arbeitnehmer dann regulär erst mit 67 Jahren aus dem Erwerbsleben verabschieden. Seite 2

**Nachhilfe:** Für 12 Prozent aller Schüler in Deutschland ist der Zusatzunterricht gang und gäbe. Doch nicht alle Eltern können sich die kostspieligen Extrastunden für ihren Nachwuchs leisten. Mit den Hartz-IV-Beschlüssen von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen soll sich das ändern. Seite 3

**20 Jahre deutsche Einheit:** Auch wenn der Aufbau Ost noch nicht abgeschlossen ist, auf vielen Feldern ist mittlerweile ein Gleichstand mit dem Westen erreicht. Vor allem bei der Wertschöpfung haben die Ostdeutschen aufgeholt: Die Wirtschaftsleistung je Einwohner erreicht inzwischen 70 Prozent des Westniveaus. Seite 4-5


**Wirtschaftswachstum:** Die deutsche Konjunktur ist bei weitem nicht so stark exportgesteuert, wie immer wieder behauptet wird. Der Aufschwung der Jahre 2004 bis 2007 etwa ging weniger auf den großen Erfolg bei den Ausfuhren zurück, sondern auf die starke heimische Endnachfrage. Seite 6-7

**Brasilien:** Am 3. Oktober wählen die Brasilianer einen neuen Präsidenten. Der jetzige Amtsinhaber „Lula“ hat den lateinamerikanischen Staat gut geführt: Die Arbeitslosigkeit ist rückläufig, die Investitionstätigkeit stark, das Konsumklima gut. Nur die hohe Inflationsrate macht Brasilien zu schaffen. Seite 8

### Halal-Lebensmittel: Ein Milliardengeschäft

So viele Milliarden Euro setzten türkische Lebensmitteleinzelhändler im Jahr 2009 in Deutschland um. Der Großteil der dort angebotenen Waren entspricht den Speise-, Trink- und Schlachtvorschriften des Islam, ist also „halal“ (erlaubt).

Verkaufsfläche in Quadratmetern	Anzahl der Geschäfte	Umsatz in Milliarden Euro
weniger als 100	4.100	1,4
101 bis 200	1.800	1,4
201 bis 300	1.200	1,4
301 bis 400	1.300	1,9
401 bis 800	1.600	3,6
<b>insgesamt</b>	<b>10.000</b>	<b>9,7</b>



© 2010 IW Medien · iwd 39

Quelle: The Nielsen Company

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Rente mit 67

## Ohne Alternative

**Weil die Menschen länger leben, muss die Rentenversicherung inzwischen fast 25 Millionen Renten finanzieren. Sollen Beitragssatz und Versorgungsniveau stabil bleiben, lässt sich die wachsende Finanzierungslast nur über ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter bewältigen.**

Bittere Wahrheiten sind nicht leicht zu verkaufen. Beim Thema Rente führt daran aber kein Weg vorbei. Denn die Fakten sprechen für sich:

**1. Die Lebenserwartung steigt.** Seit 1960 hat die Lebenserwartung 60-jähriger Männer und Frauen in Deutschland deutlich zugelegt. Konnte ein westdeutscher Mann seinerzeit noch im Schnitt mit 15,5 weiteren Lebensjahren rechnen, waren es zuletzt in ganz Deutschland 20,9 Jahre. Bei den Frauen stieg die weitere Lebenserwartung sogar von 18,2 Jahren auf zuletzt 24,7 Jahre.

Gleichwohl machten und machen die meisten Menschen spätestens mit 65 Jahren Schluss mit dem Job (Grafik):

**Beantragten westdeutsche Männer und Frauen 1970 noch mit durchschnittlich 64,7 Jahren ihre Altersrente, lag das Zugangsalter 2009 in Deutschland nur bei 63,2 Jahren.**

Zwar arbeiten die Deutschen damit wieder ein Jahr länger als zu Beginn des Jahrzehnts – denn inzwischen sind Ab-

schläge von 3,6 Prozent pro vorzeitigem Rentenbezugsjahr fällig. Doch bis zur derzeit gültigen Regelaltersgrenze von 65 Jahren fehlt noch einiges.

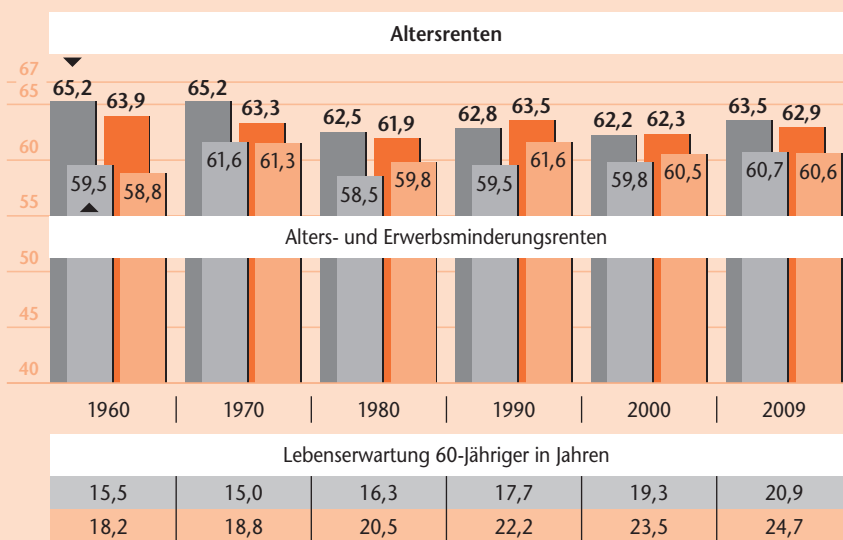
**2. Mehr Rentner und Renten.** Die zusätzlich gewonnenen Lebensjahre verbringen die gesetzlich Versicherten demnach bislang überwiegend im Ruhestand. Die Rentenbezugsdauer stieg bei den westdeutschen Männern seit 1970 um 5,9 und bei den Frauen sogar um 7,4 Jahre. Im Umlageverfahren wächst damit jedoch die Zahl der Renten, die von den Beitragszahlern zu finanzieren sind – allein in Westdeutschland von 9,9 Millionen im Jahr 1970 auf zuletzt

• Das Rentenzugangsalter wird angehoben, um den Zuwachs bei der Zahl der Renten zu bremsen.

Die Logik ist simpel: Wenn das angestrebte Versorgungsniveau nicht mehr mit dem gesetzlich begrenzten Beitragssatz von derzeit 20 Prozent finanziert werden kann, müssen die Menschen länger arbeiten – und zwar dauerhaft. Denn auch die Rente mit 67 (Kasten) gleicht kaum die steigende Lebenserwartung aus. Außerdem altert die Bevölkerung künftig weiter, weil die Geburtenziffern niedrig bleiben – erst 2009 wurde mit 651.000 Neugeborenen ein Allzeittief erreicht und eine Umkehr ist nicht in Sicht.

## Renteneintrittsalter: Von 67 noch weit entfernt

Durchschnittliches Renteneintrittsalter in Jahren ■ Männer ■ Frauen



Bis 1990 Westdeutschland; gesetzliche Renten, ohne Hinterbliebenenversorgung; Lebenserwartung 2009: 2008; Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Rente mit 67 – die Fakten

Ab 2012 steigt das gesetzliche Rentenzugangsalter mit jedem Jahr um einen Monat. Wer also 1947 geboren ist und ohne Abschläge in Rente gehen will, kann das 2012 frühestens mit 65 Jahren und einem Monat tun. Wer 1952 geboren wurde, muss 65 Jahre und sechs Monate zählen, um dann 2017/18 eine ungekürzte Rente zu beziehen. Ab 2023 steigt die Regelaltersgrenze für die 1958 und später Geborenen schneller. Mit jedem jüngeren Jahrgang klettert die Altersgrenze um zwei Monate. Doch erst nach 2029 verabschieden sich die Arbeitnehmer mit 67 Jahren regulär aus dem Arbeitsleben.

19,9 Millionen. Weitere 5 Millionen Renten gab es 2009 in den neuen Bundesländern – 1 Million mehr als noch 1992.

Wenn dem Staat kein Jobwunder zu Hilfe kommt, bleiben ihm nur drei Stellschrauben:

- Der Beitragssatz steigt, um bei stabilem Versorgungsniveau die wachsende Rentenzahl zu bedienen.
- Der Beitragssatz bleibt konstant. Dann muss das Versorgungsniveau kräftig sinken, damit die steigende Zahl der Renten finanziert werden kann.

Länger arbeiten kann aber nur, wer fit bleibt. Notwendig ist deshalb eine Strategie, die gesundheitlich besonders belasteten Berufsgruppen hilft, ihre Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Dabei geht es von Fragen zum Arbeitsschutz und dem betrieblichen Gesundheitsmanagement über die private Vorsorge bis hin zu Konzepten für ein lebenslanges Lernen für den Job. Eine frühzeitige Verrentung ist jedenfalls keine zukunftsweisende Antwort – sie verstärkt nur die demografischen Probleme.

## Nachhilfe

## Oft eine Frage der Finanzen

Das Thema Nachhilfe ist ein heißes Eisen: Einerseits ist sie umstritten, weil die Schulen doch eigentlich das notwendige Wissen vermitteln sollen. Andererseits leistet sie vielfach die individuelle Förderung, die das Schulsystem vermissen lässt. Damit auch förderbedürftige Schüler aus einkommensschwachen Haushalten in den Genuss des Zusatzunterrichts kommen, plant die Bundesregierung finanzielle Hilfen.

Als Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vergangene Woche im Rahmen des Gesetzentwurfs zur Grundversicherung das „Bildungspaket“ präsentierte, stellte sie auch ein Stück Bildungsgerechtigkeit her. Denn das Paket soll nicht nur Zuschüsse für ein kostenloses Schulmittagessen sowie für Freizeit- und Sportaktivitäten beinhalten, sondern auch finanzielle Unterstützung für Nachhilfe. Das ist alles andere als ein vernachlässigbarer Punkt, denn schon heute erhalten rund 1,1 Millionen Jungen und Mädchen, die miese Noten in Mathe oder Defizite in Deutsch haben, regelmäßig außerschulischen Zusatzunterricht – insgesamt sind damit 12 Prozent der Schüler an allgemeinbildenden Schulen Nachhilfekandidaten.

Das bezahlte Büffeln gehört bereits für viele Knirpse zum Alltag:

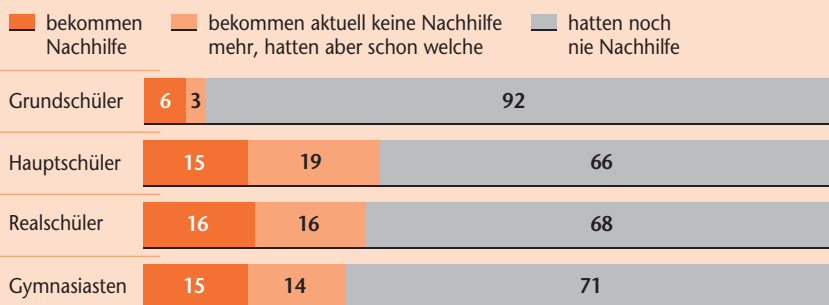
**Im Schnitt bekommen 6 Prozent aller Grundschüler Nachhilfe. Am häufigsten lassen sich die Viertklässler extra schulen: Fast 15 Prozent von ihnen erhalten Zusatzunterricht in Deutsch, knapp 13 Prozent in Mathe.**

Hauptursache des Nachhilfebooms bei den Neun- und Zehnjährigen ist die in der vierten Klasse anstehende Empfehlung für die weiterführende Schule. Denn viele Eltern versuchen mittels Nachschulung, für ihr Kind noch eine Real- oder Gymnasialempfehlung zu ergattern, auch wenn die schulischen Leistungen zunächst eher einen Besuch an einer anderen Schulform nahelegen würden.

Mit dem Wechsel an eine weiterführende Schule steigt die Nachhilfeinten-

## Nachhilfe: Für viele Schüler Alltag

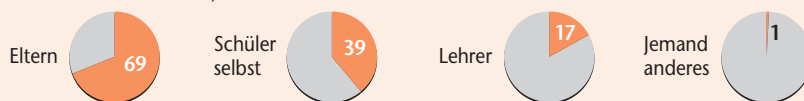
So viel Prozent der Schüler ...



Befragung von 1.325 Schülern zwischen sechs und 18 Jahren im Herbst 2007

## Nachhilfe: Meist auf Wunsch der Eltern

Initiatoren für Nachhilfe, in Prozent



Befragung von 306 Schülern, die 2007 Nachhilfe bekamen oder bekommen hatten; Mehrfachnennungen

Quelle: Synovate Kids+Teens

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

sität dann noch einmal. Im Durchschnitt bekommen 15 Prozent der Schüler in der Sekundarstufe I und II Nachhilfe. Dabei nehmen Jungen und Mädchen sowie Schüler der verschiedenen Schultypen den Extraunterricht in etwa zu gleichen Teilen in Anspruch (Grafik).

Die zusätzlichen Denkanstöße für ihre Sprösslinge lassen sich Eltern einiges kosten:

**Rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr berappen Väter und Mütter in Deutschland für die Beschulung ihres Nachwuchses außerhalb des regulären Unterrichts.**

Doch nicht überall wird Nachhilfe im gleichen Ausmaß in Anspruch genommen. So hat die Bertelsmann-Stiftung herausgefunden, dass es große regionale Unterschiede gibt. Im Bundesdurchschnitt bezahlen Eltern demnach pro Schulkind 168 Euro jährlich für Nachhilfe. In den neuen Bundesländern investieren Eltern hingegen deutlich weniger in den Zusatzunterricht: nämlich zwischen 116 und 136 Euro im Jahr. Wesentlich spendabler geht es in Hamburg, Baden-Württemberg und im Saarland zu, wo das rechnerische Nachhilfe-

Budget je Schüler mehr als 200 Euro im Jahr beträgt.

Eine Ursache für dieses Gefälle ist, dass die Menschen in struktur- und einkommensschwachen Regionen einfach weniger Geld für die private Nachwuchsförderung zur Verfügung haben. Diesen Zusammenhang zwischen Elterneinkommen und Nachhilfeausgaben weist auch die Bertelsmann-Studie nach: Demnach stammen 36 Prozent der Nachhilfeschilder aus Gutverdiener-Haushalten, aber nur 15 Prozent aus Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen.

Ob Nachhilfe nötig ist oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Auch das Schulsystem kann eine Rolle spielen. Ganztagschulen beispielsweise haben den Vorteil, dass sich die individuelle Förderung von Schülern einfacher realisieren lässt als in Halbtageseinrichtungen. Zu den sinnvollen Maßnahmen zählen detaillierte Förderpläne, Nachhilfeprogramme von Schülern für Schüler oder unterstützende Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund – Instrumente, die an manchen Schulen auch schon praktiziert werden.

20 Jahre deutsche Einheit

## Viele kleine Schritte nach vorn

**Zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Herbst 1990 fallen auch in den Köpfen der Menschen allmählich die Mauern, selbst wenn es noch Verständnisprobleme gibt. Die Fakten sind jedenfalls eindeutig – den Ostdeutschen geht es heute wirtschaftlich deutlich besser als früher. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner beispielsweise erreichte in Ostdeutschland zuletzt 70 Prozent des Westniveaus – 1991 waren es erst 33 Prozent.**

Der Aufbau Ost ist keineswegs abgeschlossen. Noch immer haben die neuen Länder auf vielen Gebieten Nachholbedarf. Die Fortschritte dürfen aber auch nicht kleingeredet werden. Auf einigen Feldern ist überdies bereits ein Gleichstand erreicht:

**Wirtschaftswachstum.** Der Wiedervereinigungsboom dauerte eigentlich nur fünf Jahre. Zudem wurde er vor allem von der Bauindustrie befeuert – sie wuchs von 1991 bis 1995 im Schnitt jedes Jahr um ein Viertel. Insgesamt legte die ostdeutsche Wirtschaft damals um jährlich 10,5 Prozent zu. Solche traumhaften Wachstumsraten wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre allerdings nicht mehr erreicht. Gleichwohl beträgt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner inzwischen etwa 70 Prozent des westdeutschen Niveaus – Tendenz steigend.

**Wanderung.** Ostdeutschland schafft sich ab, sollte man bei einem Blick auf

die Einwohnerzahlen meinen. Auf dem Territorium der früheren DDR lebten 25 Prozent der Deutschen, heute sind es noch 20 Prozent. Zwar wanderten direkt nach der Maueröffnung besonders viele Menschen in den Westen aus, doch auch nach dem Jahr 2000 suchten vor allem junge Leute ihr Glück in den alten Bundesländern – nicht zuletzt wegen der besseren Arbeitsmarktperspektiven.

Im Jahr 2008 verließen per saldo noch 43.000 Ostdeutsche ihre Heimat Richtung Westen. Langsam kommt diese Wanderungsbewegung aber zum Stillstand. Das ist auch kein Wunder: Von 1990 bis 1994 sank die Zahl der Neugeborenen jährlich um mehr als die Hälfte auf 79.000. Diese geburtenschwachen Jahrgänge, die heute die Schulen verlassen und z.B. eine Lehrstelle suchen, brauchen dazu nicht mehr in den Westen zu gehen. Viele ostdeutsche Unternehmen klagen sogar darüber, dass sie keine qualifizierten Bewerber mehr finden.

**Arbeitsmarkt.** Mit dem Ende der unproduktiven Industriekombinate der DDR schnellte die Arbeitslosenquote in die Höhe. Trotz aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen blieb sie fortan im zweistelligen Bereich:

**Im Jahr 2002 wurde zum Beispiel in der Region Halle mit 27 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenquoten Europas gemessen.**

Noch 2005 lag die Quote in den östlichen Bundesländern im Durchschnitt bei 18,7 Prozent; in vielen Landesteilen war mehr als ein Fünftel der Menschen ohne Arbeit.

Seitdem gibt es aber immer mehr Anlass zu Optimismus. Mit dem Wirtschaftsaufschwung Mitte des Jahrzehnts sank die Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland zunächst im Gleichschritt; die Bestmarke wurde im Herbst 2008 mit 6 Prozent im Westen und knapp 12 Prozent im Osten erreicht.

In der Krise ist die Arbeitslosigkeit im Osten zudem kaum gestiegen, jetzt geht sie schon wieder deutlich zurück. Thüringen hat bereits weniger als 10 Prozent Arbeitslose, Teile von Brandenburg und Sachsen sind auf dem besten Wege dorthin.

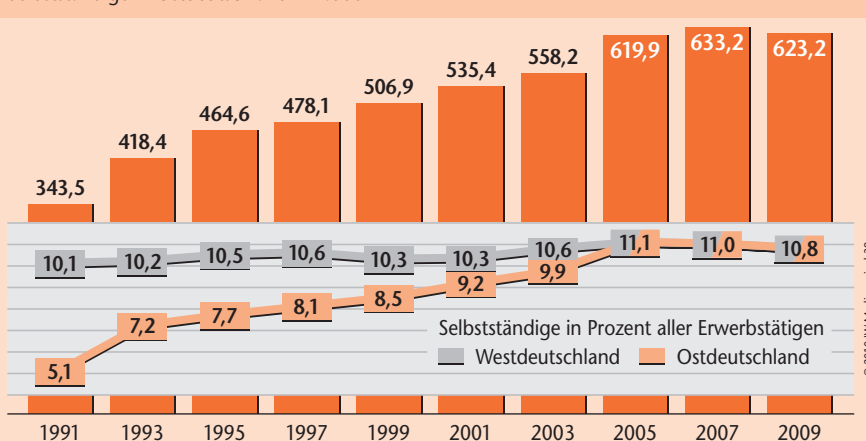
**Löhne und Gehälter.** Die Arbeitnehmer im Osten der Republik verdienen zwar nach wie vor weniger als ihre Kollegen im Westen, gleichwohl beträgt der durchschnittliche Nettolohn je Arbeitsstunde inzwischen immerhin 80 Prozent des Westniveaus.

Die verbleibende Lücke erklärt sich mit der geringeren Produktivität in den neuen Ländern. Trotz der Investitionen in moderne Maschinen liegt der Output je Beschäftigten im Osten um ein Fünftel unter dem westdeutschen Niveau.

**Selbstständigkeit und Unternehmen.** In der DDR gab es fast nur volkseigene Betriebe und nur sehr wenige Selbstständige. Kurz nach der Wiedervereinigung waren daher nur 5 Prozent aller Erwerbstätigen auf eigene Rechnung unterwegs. Im Westen betrug der Anteil 10 Prozent.

### Selbstständige: Der Osten schließt auf

Selbstständige in Ostdeutschland in 1.000



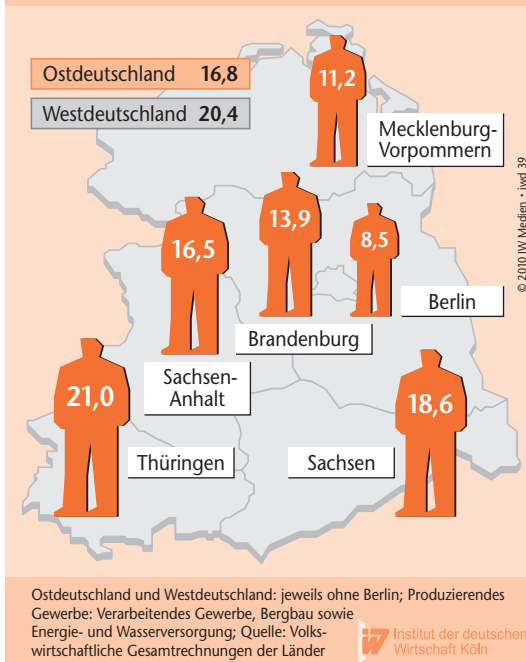
Selbstständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Ost- und Westdeutschland: jeweils ohne Berlin; Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



## Industriebeschäftigung: Thüringen weit vorn

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe  
in Prozent aller Beschäftigten im Jahr 2009



Schon 2005 hatten sich die Quoten allerdings vollständig angeglichen; sowohl östlich als auch westlich der früheren Zonengrenze sind derzeit annähernd 11 Prozent aller Erwerbstätigen ihr eigener Chef (Grafik Seite 4).

Dennoch sieht die Unternehmenslandschaft östlich des Harzes anders aus als westlich davon; die Firmen im Osten sind im Schnitt kleiner. Es fehlen vor allem die großen Konzerne, die Tausende Mitarbeiter beschäftigen und die Wirtschaft ihrer Region prägen. Aber auch insgesamt ist der Anteil umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen im Osten relativ niedrig; ohne Berlin gerechnet sind nur 13,7 Prozent der 3,2 Millionen Unternehmen in den neuen Ländern angesiedelt, inklusive Berlins sind es immerhin 18 Prozent.

**Wirtschaftsstruktur.** Der Anteil der durch staatliche Transfers gestützten Sektoren wie der Bauwirtschaft sowie der öffentlichen und privaten Dienste an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ist fortlaufend gesunken. Das Verarbeitende Gewerbe dagegen hat bis zum Jahr 2008 seinen Anteil an der gesamten Wertschöpfung auf fast ein Fünftel ausgebaut (Westdeutschland: 25 Prozent). Dafür ist das Baugewerbe

heute mit einem Anteil von rund 6 Prozent nicht mehr so überdimensioniert wie auf dem Höhepunkt des Baubooms in den 1990er Jahren, wo es satte 17 Prozent betrug.

Dass der Trend zur Deindustrialisierung des Ostens gestoppt wurde, lässt sich auch an den Beschäftigtenzahlen ablesen (Grafik). In Thüringen, das über eine lebendige mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft verfügt, arbeiten heute sogar 21 Prozent der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe – und damit immerhin geringfügig mehr als im westdeutschen Durchschnitt (20 Prozent).

Verbessert hat sich die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur auch aus einem anderen Grund. Die mecklenburgische Seenplatte und die Ostseeküste haben sich zu wahren Tourismusknoten entwickelt:

**Mit 164 Übernachtungen pro 10.000 Einwohner lag das nordöstlichste Bundesland im vergangenen Jahr mit Abstand an der Spitze aller Länder – im deutschen Schnitt wurden nur 45 Übernachtungen gezählt.**

Der ökonomische Mix aus zukunftsorientierten Industriebranchen – z.B.

Solarzellenhersteller und Chip-Schmieden – sowie freizeitorientierten Dienstleistungsbranchen – wie dem Tourismus – hat die ostdeutsche Wirtschaft in der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut aussehen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt ging im vergangenen Jahr nur um 3,5 Prozent zurück – die westdeutschen Länder dagegen mussten mit einem deutlich stärkeren Minus von 5,5 Prozent klarkommen.

Selbst im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands fiel der Einbruch im Jahr 2009 weniger heftig aus als im Westen – das Minus betrug in den neuen Ländern 16,4 Prozent gegenüber 19,7 Prozent in den alten. Diese Entwicklung widerlegt die gängige These, dass in Ostdeutschland vor allem „verlängerte Werkbänke“ von Westfirmen entstanden seien, die im Krisenfall zuerst geschlossen würden.

Als Standortvorteil gereichte den überwiegend kleinen oder mittelständischen Industriebetrieben im Osten vielmehr, dass sie anders als die größeren Westunternehmen mehrheitlich für den heimischen Markt produzieren – und dieser hatte sich im Vergleich zum Exportgeschäft robuster gezeigt. Insofern ist Ostdeutschland relativ unbeschadet durch die Krise gekommen. Die Erfolge der vergangenen Jahre wurden nicht gefährdet.

## Noch viele Milliarden bis 2019

**Solidaritätszuschlag.** Der „Soli“ ist ein prozentualer Zuschlag in Höhe von 5,5 Prozent auf die individuelle Einkommenssteuerschuld. Die Einnahmen gehen an den Bund und sollen helfen, die Kosten der deutschen Einheit zu decken. Wozu genau die Mittel – 2009 waren es knapp 12 Milliarden Euro – eingesetzt werden, ist allein Sache der Politik, denn wie alle Steuern ist auch der Solidaritätszuschlag nicht zweckgebunden.

**Solidarpakt.** Dieses Abkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gewährt den öffentlichen Haushalten in Ostdeutschland besondere Hilfen für den „Abbau teilungsbedingter Lasten“. Der Solidarpakt I wurde 1993 beschlossen und galt bis Ende 2004. Er hatte ein Volumen von 94,5 Milliarden Euro. Im Anschluss daran trat der Solidarpakt II über insgesamt 156,5 Milliarden Euro in Kraft. Der Korb 1 (Grafik) ist mit 105,3 Milliarden Euro

gefüllt und kommt direkt den Ländern und Kommunen zu. Sie können damit u.a. Infrastrukturvorhaben finanzieren. Der Korb 2 ist wachstums- und beschäftigungsfördernden Projekten vorbehalten. Der Solidarpakt II läuft 2019 aus.

Solidarpaktmittel von 2005 bis 2019 – Korb 1  
in Milliarden Euro

Sachsen	27,5
Berlin	20,0
Sachsen-Anhalt	16,6
Brandenburg	15,1
Thüringen	15,1
Mecklenburg-Vorpommern	11,1
<b>Insgesamt</b>	<b>105,3</b>

© 2010 IW Medien · iwd 39

Quelle: Gesetz über den  
Finanzausgleich zwischen  
Bund und Ländern

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## ResearchGATE: Wissenschaft 2.0



Das weltweit größte soziale Netzwerk für Forscher und Wissenschaftler kommt aus Deutschland. Die Onlineplattform ResearchGATE wurde von drei deutschen Forschern entwickelt und ging 2008 ans Netz. Das Werk der Virologen Sören Hofmayer und Ijad Madisch aus Hannover zählt mittlerweile mehr als 500.000 Mitglieder aus über 200 Ländern. Für die technische Unterstützung sorgt der Informatiker Horst Fickenscher aus Passau.

ResearchGATE unterscheidet sich vor allem in einer Hinsicht von populären Web-Plattformen wie Facebook: Das soziale Netzwerk aus Deutschland richtet sich an Forscher und Wissenschaftler aus der ganzen Welt, die sich online mit Kollegen austauschen, neue Verfahren entdecken oder andere Fachleute über wissenschaftliche Methoden informieren wollen. Und so trifft sich bei ResearchGATE der Molekularbiologe aus Indien mit der Wirtschaftswissenschaftlerin aus Kolumbien und der Anthropologe aus Nepal mit der Meeresbiologin aus Belgien.

Basis für diesen internationalen Wissensaustausch sind die knapp 2.700 Themengruppen. Besonders großen Zulauf hat die Methodengruppe mit circa 2.800 Mitgliedern. Hier geht es nicht nur um neu entwickelte Arbeitsweisen, sondern auch um alltägliche Probleme aus dem Labor, die zur Diskussion gestellt werden. Etwa 2.370 Mitglieder diskutieren in der Gruppe „Science 2.0 und Veröffentlichungen 2.0“ über wissenschaftliches Publizieren in Zeiten des Internets etwa über die Frage, in welcher Form sich Forschungsartikel im Netz platzieren lassen.

Die Anmeldung bei ResearchGATE ist kostenlos. Nach eigenen Angaben geht es den Gründern des Netzwerks nicht um Gewinne. Vielmehr wollen die Macher internationalen Forschern die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen und ihre Arbeitsergebnisse auszutauschen. Bisher finanziert sich das Netzwerk über eine kostenpflichtige Jobbörse. Zusätzlich hat das Unternehmen Anfang September eine Finanzierungsvereinbarung mit namhaften Geldgebern aus dem Silicon Valley abgeschlossen, die auch schon eBay, Facebook und Twitter unterstützt haben. Daneben wird ResearchGATE von einer Reihe von Business Angels gefördert.

Weitere Informationen:  
[www.researchgate.net](http://www.researchgate.net)

## Wirtschaftswachstum

# Auch aus heimischen Quellen

**Deutschland gehört seit Jahrzehnten zu den größten Exportnationen der Welt. Dennoch zielen aktuelle Vorwürfe, die hiesige Wirtschaft würde auf Kosten anderer Länder wachsen, zum großen Teil ins Leere. So basierte beispielsweise der Aufschwung der Jahre 2004 bis 2007 sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf industrieller Ebene nicht allein auf dem Außenhandel, sondern speiste sich maßgeblich aus der Nachfrage inländischer Konsumenten und Unternehmen.\*)**

Das Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik hat in jüngster Zeit einige Kritik aus dem Ausland einstecken müssen. Zu den prominentesten Stimmen gehört Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde. Sie hat Deutschland mehr oder weniger unverblümt vorgeworfen, in puncto Wachstum zu stark auf den Export zu setzen und zu wenig für die Inlandsnachfrage zu tun. Im Klartext heißt das: Deutschland verkauft zu viel ins Ausland – und kauft zu wenig aus dem Ausland (vgl. iwd 38/2010).

Die Vorwürfe richten sich vor allem gegen die deutsche Industrie, die im internationalen Vergleich nach wie vor einen relativ hohen Anteil an der Wirtschaftsleistung hat und deren Entwicklung den Außenhandel noch immer maßgeblich prägt.

Um zu überprüfen, ob die Kritik berechtigt ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) untersucht, welche Nachfragekomponenten die Entwicklung der Wertschöpfung in den vergangenen Jahren bestimmt haben. Dabei entspricht die Wertschöpfung der Unternehmen, vereinfacht ausgedrückt, ihrer Produktion abzüglich des Werts der zugekauften Vorleistungen.

Die Grundlage für die IW-Berechnungen bilden Erkenntnisse über den sektoralen Strukturwandel, also den Trend von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. So lässt sich die Veränderung der Wertschöpfung durch vier Größen erklären: die inländische Nachfrage nach Konsumgütern und Anlage-

\*) Vgl. Michael Grömling, Jürgen Matthes: Wachstumsbeiträge auf Branchenebene, in: IW-Trends 3/2010

## Industrie: Außenhandel wirkte als Krisenstütze

Veränderung der nominalen Bruttowertschöpfung der Hersteller von Industriegütern gegenüber Vorjahr in Prozent

		Zu dieser Veränderung trugen diese Bereiche so viel bei, in Prozentpunkten			
		Heimische Endnachfrage	Außenbeitrag	Vorratsinvestitionen	Vorleistungsaldo
1996	-0,9	2,7	3,2	-4,2	-2,6
1997	-0,4	1,7	2,6	-6,3	1,6
1998	8,4	3,6	-0,8	10,0	-4,4
1999	-1,5	2,7	-0,8	-1,4	-2,0
2000	3,7	6,4	1,5	0,0	-4,2
2001	1,9	0,3	9,3	-4,3	-3,4
2002	-0,6	-5,3	8,3	-3,3	-0,3
2003	1,2	-3,3	-0,4	5,1	-0,2
2004	2,9	2,2	4,6	-1,1	-2,8
2005	2,4	3,7	4,6	-1,0	-4,9
2006	6,5	6,8	3,4	-0,9	-2,7
2007	4,6	2,1	7,4	0,1	-5,0

Heimische Endnachfrage: Konsum und Investitionen auf der Ebene der letzten Verwendung; Außenbeitrag: Exporte abzüglich Importe; Vorleistungsaldo: Vorleistungslieferungen an andere Wirtschaftszweige minus eigene Vorleistungskäufe; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

## Konjunktur: Binnennachfrage hat Aufschwung beflügelt

Veränderung der nominalen Bruttowertschöpfung von 2004 bis 2007 in Prozent

Zu dieser Veränderung trugen diese Bereiche so viel bei, in Prozentpunkten

		Heimische Endnachfrage	Außenbeitrag	Vorratsinvestitionen	Vorleistungssaldo
<b>Gesamtwirtschaft</b>	■ 11,8	■ 8,2	■ 4,4	-0,1	-0,7
<b>Industriegüter insgesamt</b>	■ 17,5	■ 15,6	■ 21,3	-3,0	-16,4
darunter:					
Maschinen	■ 28,0	■ 21,7	■ 45,2	-5,3	-33,6
Metallprodukte	■ 27,1	■ 2,9	-3,8	-12,1	■ 40,1
Elektroprodukte	■ 22,8	■ 13,8	■ 13,9	0,9	-5,7
Chemie- und Pharmaprodukte	■ 21,7	■ 8,5	■ 19,8	■ 5,9	-12,5
Fahrzeuge	■ 16,3	■ 35,3	■ 40,5	-1,5	-57,9

Heimische Endnachfrage: Konsum und Investitionen auf der Ebene der letzten Verwendung; Außenbeitrag: Exporte abzüglich Importe; Vorleistungssaldo: Vorleistungslieferungen an andere Wirtschaftszweige minus eigene Vorleistungskäufe; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

investitionen (z.B. Maschinen), das Anlegen und den Verbrauch von Vorräten durch die Unternehmen, den Saldo zwischen zugekauften und an andere Branchen gelieferte Vorleistungen sowie den Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen. Neben der Gesamtwirtschaft nimmt die Analyse speziell jene fünf großen Industriebereiche in den Blick, die besonders stark auf den Weltmarkt ausgerichtet sind.

Obwohl die für die Berechnungen erforderlichen Daten nur bis 2007 vorliegen, ermöglichen sie eine fundierte Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen die deutsche Wirtschaft – und zwar anhand zweier unterschiedlich langer Zeiträume:

- **Aufschwung der Jahre 2004 bis 2007.** Das Konjunkturhoch zur Mitte des Jahrzehnts hatte Deutschland keineswegs nur seinen Exporterfolgen zu verdanken. Gesamtwirtschaftlich war die inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern seitens der privaten Haushalte und Unternehmen sogar die stärkste treibende Kraft (Grafik):

**Zum gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungswachstum von rund 12 Prozent trug die heimische Endnachfrage mehr als 8 Prozentpunkte bei, der Außenhandel dagegen nur gut 4 Prozentpunkte.**

Letzteres liegt unter anderem daran, dass in den Außenbeitrag auch der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen einfließt – und in diesem Geschäft

schreibt Deutschland Jahr für Jahr rote Zahlen.

Uneinheitlich ist das Bild dagegen in den großen Industriebereichen:

- Der Wertschöpfungszuwachs der Maschinenbauunternehmen im Zeitraum 2004 bis 2007 geht zu einem großen Teil auf das Konto der Exporte. Der Grund liegt nahe: Maschinen made in Germany sind als Investitionsgüter gerade in den aufstrebenden Schwellenländern begehrt – nicht zuletzt, weil deutsche Firmen vor allem solche Spezialmaschinen und komplexe Anlagen fertigen können, die Konkurrenten aus anderen Ländern oftmals nicht zu bieten haben.

- Im Fahrzeugbau, in der Chemischen Industrie sowie in der Elektrobranche hat der Außenhandel zwar ebenfalls starke Impulse gesetzt. Doch diese sind nicht viel größer als die Wachstumsbeiträge der inländischen Nachfragekomponenten.

- Bei den Herstellern von Metallenerzeugnissen schließlich spielten die Ausfuhren für das Wertschöpfungsplus der vergangenen Jahre kaum eine Rolle. Diese Firmen profitierten vielmehr davon, dass ihre Waren als Vorleistungen für andere Betriebe im Inland stark gefragt waren.

- **Entwicklung seit 1995.** Die längerfristige Betrachtung zeigt vor allem, dass die Endnachfrage deutscher Verbraucher und Unternehmen durchaus die Wertschöpfung der Industrie gesteigert hat. Diesen positiven Effekten standen jedoch in vielen Jahren noch größere negative

Wachstumswirkungen gegenüber – und zwar durch die Auslagerung von Teilen der Produktion in andere Wirtschaftszweige und den dadurch bedingt wachsenden Zukauf von Vorleistungen. Ohne die Dynamik des Außenhandels wäre es also auch in Deutschland zu einem deutlichen Rückgang der industriellen Wertschöpfung gekommen – so wie es in zahlreichen anderen Ländern tatsächlich der Fall war.

Wie wichtig der Export als Stützpfeiler der Industrie war, zeigte sich insbesondere in der Krisenphase kurz nach der Jahrtausendwende (Grafik Seite 6):

**Der hohe Wachstumsbeitrag des Außenhandels von gut 8 bis 9 Prozentpunkten hat in den Jahren 2001 und 2002 einen massiven Einbruch der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe verhindert.**

Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass die Ausfuhren der Industrie dem konjunkturellen Gegenwind gut standhielten. Offenbar konnten der Einbruch des Welthandels im Gefolge der New-Economy-Krise sowie die starke Euroaufwertung gegenüber dem Dollar ab 2002 nichts daran ändern, dass deutsche Erzeugnisse aufgrund ihrer besonderen Qualität im Ausland weiterhin heiß begehrt waren.

Von einer gezielten Exportoffensive, die anderen Staaten zum Schaden gereicht hätte und auf die sich die heutigen Kritiker des deutschen Geschäftsmodells berufen könnten, konnte dagegen auch damals keine Rede sein.

## Brasilien

## Samba-Stimmung am Zuckerhut

Am 3. Oktober sind die Brasilianer aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Der jetzige Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva hinterlässt das Land in einem wirtschaftlich guten Zustand: Investitionsneigung und Konsumklima sind stark, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. Allerdings macht dem Staat die nach wie vor hohe Inflationsrate zu schaffen.

Brasilien Präsident Lula tritt nicht noch einmal an, kann aber eine positive Bilanz seiner siebenjährigen Amtszeit ziehen: So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2003 bis 2009 um durchschnittlich 4 Prozent. Und während im vergangenen Jahr die Welt unter der Wirtschaftskrise ächzte, kam das Land an der Copacabana mit einer Stagnation davon (Grafik).

**In diesem Jahr wird die Wirtschaftsleistung Brasiliens sogar um real 7,6 Prozent zulegen.**

Für die robuste Konjunktur gibt es vor allem drei Gründe:

- **Starke Investitionstätigkeit.** Da die brasilianischen Banken durch die Finanzkrise nicht so stark betroffen waren, konnten sie die Unternehmen weiterhin mit Krediten versorgen. Zudem half der Staat der lahmenen Wirtschaft mit Konjunkturprogrammen auf die Beine.

Folglich laufen die Investitionen inzwischen wieder auf Hochtouren. In

diesem Jahr erwarten Konjunkturforscher bei den Bruttoanlageinvestitionen einen realen Anstieg von über 20 Prozent.

- **Niedrige Arbeitslosigkeit.** Im Vergleich zu manch anderen Schwellenländern ist Brasiliens Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren liberaler gewesen. Dadurch konnten sich Unternehmen frei entfalten und die Arbeitslosigkeit des südamerikanischen Landes ist vergleichsweise niedrig; in diesem Jahr liegt sie offiziell bei rund 7 Prozent. Zum Vergleich: In den Industrieländern der Eurozone beträgt die Quote im Schnitt fast 10 Prozent.

- **Starker privater Konsum.** Die hohe Investitionstätigkeit und die Aussicht auf einen Job heben die Einkaufsstimmung der über 191 Millionen Brasilianer. Der reale private Konsum wird in diesem Jahr um 6,5 Prozent wachsen; für das kommende Jahr ist ein Anstieg von 5 Prozent zu erwarten.

Die Shopping-Laune der Verbraucher und der hohe Investitionsbedarf der Firmen schlagen sich auch im Außenhandel nieder: Die brasilianischen Importe werden in diesem Jahr real um 25 Prozent nach oben schnellen.

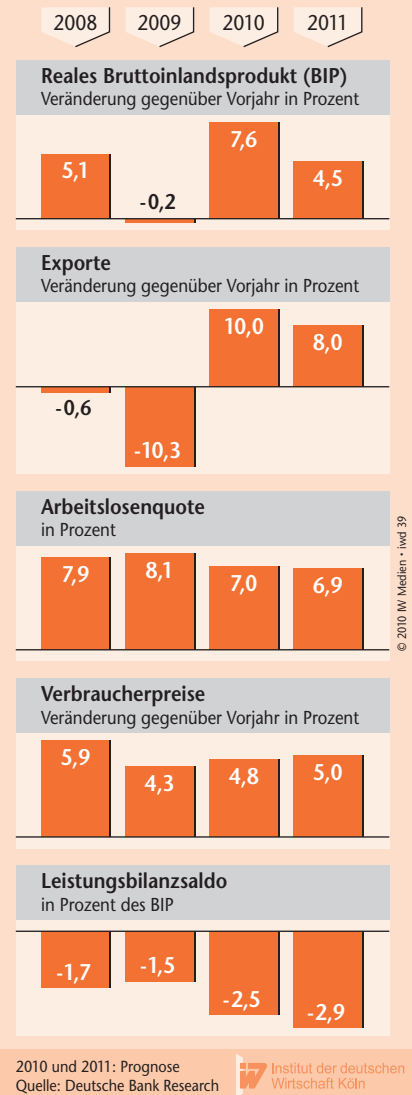
Durch seinen Rohstoffreichtum und den großen Binnenmarkt ist das Land zwischen Amazonas und Zuckerhut aber auch zunehmend als Ziel für ausländische Investoren interessant:

**In den Jahren 2000 bis 2008 flossen insgesamt mehr als 200 Milliarden Dollar an Direktinvestitionen nach Brasilien.**

Vor allem für den Automobilsektor ist das Land attraktiv. So sind mittlerweile 19 internationale Produzenten vor Ort, beispielsweise Fiat und Volkswagen.

Zwei Großereignisse könnten die positive Wirtschaftsentwicklung Brasiliens zusätzlich voranbringen: die Fußball-WM im Jahr 2014 sowie zwei Jahre später die Olympischen Spiele. Für diese Sportevents werden Investitionen

## Brasilien: Tanz durch die Krise



von bis zu 500 Milliarden Dollar nötig, etwa für den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes sowie für die Energieversorgung.

Die Samba-Stimmung wird allerdings von der nach wie vor hohen Inflation getrübt. In diesem Jahr dürfte die Teuerungsrate bei fast 5 Prozent liegen – zu viel nach Ansicht der Zentralbank, die mit einem Leitzins von derzeit fast 11 Prozent dem Anstieg des Preisniveaus entgegenwirken will.

Für Adressaufkleber